

(A) talmarkts (Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 22)

Ich werde dem Gesetzentwurf der Bundesregierung heute meine Zustimmung erteilen. Das Ziel, Anleger zu schützen und den Kapitalmarkt funktionsfähiger zu machen, ist unstrittig und wird in weiten Teilen des Entwurfs auch erreicht. Trotzdem habe ich in folgenden Punkten Zweifel:

Erstens. Es ist für mich fraglich, ob der sowohl bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin – als auch bei den Kreditinstituten durch den Aufbau einer zentralen Datenbank zur Erfassung von rund 300 000 Anlageberatern entstehende Verwaltungsaufwand gerechtfertigt ist.

Zweitens. Es wäre ausreichend gewesen, wenn man die Erstellung einer Datenbank auf jene Anlageberater konzentriert hätte, die sich nachweislich der Falschberatung ihrer Kunden schuldig gemacht haben.

Drittens. Der Gesetzentwurf lässt meines Erachtens außer Acht, dass Anlageberater selbst durch bestimmte Vorgaben seitens des Managements in den Instituten unter Druck stehen. Insofern ist es nach meinem Dafürhalten fragwürdig, die rechtlichen Konsequenzen nur auf die in der Anlageberatung Tätigen zu konzentrieren.

Viertens. Der Gesetzentwurf lässt die Anlageberater am sogenannten Grauen Kapitalmarkt außen vor; sie sollen zukünftig der Gewerbeaufsicht unterworfen werden. Dies ist meines Erachtens nicht zielführend.

(B) Anlage 5**Erklärung**

der Abgeordneten Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts (Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 22)

Ich erkläre im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass unser Votum Nein lautet.

Anlage 6**Zu Protokoll gegebene Reden**

zur Beratung des Antrags: Vorbereitung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode – Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln (Tagesordnungspunkt 25)

Ulrich Lange (CDU/CSU): Wir sprechen heute über die Forderungen der SPD zur Erstellung des kommenden Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Damit kritisieren Sie direkt den dritten Bericht, den Sie noch mitzuverantworten haben. Kritik ist gut, aber diese

Kritik sollte konstruktiv sein. Dies lässt dieser Antrag in vielen Bereichen jedoch vermissen. **(C)**

Aus Ihrem Antrag wird deutlich, dass Sie die Neiddebatte wieder eröffnen wollen. Auch bei uns finden Sie Menschen, denen es finanziell nicht gut geht, aber wenn Sie wirkliche Armut in Europa suchen, werden Sie in Deutschland nicht wirklich fündig. Da müssen Sie zum Beispiel nach Rumänien oder Bulgarien gehen. In Deutschland wird auf sehr hohem Niveau geklagt.

Aber trotzdem stimmen wir mit Ihnen darin überein, dass die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit einem erhöhten Armutsrisiko eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft ist. Sie fordern, dass der Bericht Handlungsperspektiven für eine Stärkung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Einzelnen aufzeigen müsse, vor allem in Richtung besserer Bildung, verbesserter Gesundheit und erleichterten Zugänge zu Erwerbsarbeit mit existenzsicherndem Einkommen.

Meine Damen und Herren von der SPD, haben Sie Ihren eigenen Armutsbericht denn nicht gelesen? Darin werden Handlungsperspektiven aufgezeigt. Aber in der Opposition hat man so viel zu tun, dass man nicht mehr die Zeit hat, einen Bericht mit über 420 Seiten zu lesen, sondern man kritisiert einfach. Müntefering hat recht, wenn er sagt: Opposition ist Mist.

Zumindest hätten Sie sich, bevor Sie Verbesserungen für die kommenden Berichte vorschlagen, die Kurzfassung ansehen sollen. Darin heißt es, dass Grundbedingungen für mehr Teilhabe- und Verwirklichungschancen wirtschaftliches Wachstum und die damit einhergehenden Beschäftigungsmöglichkeiten sind. Sie fordern Handlungsperspektiven: Bei den Kernaussagen steht: „Der Schlüssel zur Armutsvermeidung ist mehr Bildung und Beschäftigung. Alle Bemühungen müssen darauf ausgerichtet sein, Vollbeschäftigung zu erreichen“. Wir haben mit unserer Arbeitsmarktpolitik dafür gesorgt, dass die Arbeitslosigkeit immer weiter gesunken ist. Wirtschaftliche Leistung und Schaffung von Beschäftigung sind objektive, nachprüfbar, qualitative und quantitative Werte, wie sie von Ihnen gefordert werden. Daran können Sie unsere Arbeit messen. Wir sind stolz auf unsere Leistung. **(D)**

Der Antrag zeigt aber auch Ihre verkorkste Einstellung zu Reichtum. Da sind die Linken weiter: Die haben im letzten Wahlkampf „Reichtum für alle“ gefordert. Sie wollen scheinbar Reichtum verteufeln. Sie wollen wieder mal eine Neiddebatte heraufbeschwören. Wir brauchen keine Analyse, wie sich Reichtum auswirkt, sondern wie wir in Deutschland Armut verhindern und abbauen können. Und dazu trägt der von Ihnen erstellte und jetzt mehr oder weniger verurteilte Bericht bei.

Ihre wirren finanzpolitischen Vorstellungen werden auch in Ihrer Forderung deutlich, dass der Bericht Auskunft darüber geben soll, wie sich der Einsatz öffentlicher Mittel zum Beispiel zur Bankenrettung auf die Reichtums- und Armutsentwicklung in der Gesellschaft auswirkt. Ihnen scheint nicht klar zu sein, dass damals in der Großen Koalition durch den Bankenschutzschirm er-

(A) reicht wurde, unser Finanzsystem zu erhalten und zu stabilisieren. Damit wurde unser soziales System erhalten, damit wurde auch die Grundlage für unser Wirtschaftswachstum gelegt. Dem beherzten Zugreifen von Angela Merkel ist es zu verdanken, dass Deutschland heute im Vergleich zu anderen europäischen Wirtschaftsnationen so gut dasteht. Davon haben alle Gesellschaftsschichten, davon hat ganz Deutschland profitiert.

Obwohl der dritte Armutsbericht aus 427 Seiten besteht, fordern Sie jetzt noch zusätzlich eine Verknüpfung und Überfrachtung des kommenden Armutsberichts, so dass sich niemand mehr die Mühe machen würde, ihn zu lesen. Ich will nur einige Punkte von Ihrer langen Liste aufführen: Sie fordern einen Abgleich zwischen den kommunalen, länderspezifischen Armuts- und Reichtumsberichten und dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Sie fordern den Abgleich mit den Vorgängerberichten, zum Beispiel hinsichtlich der Zahl überschuldeter Haushalte. Sie fordern eine Vernetzung und Bündelung von Berichten zu Familie, Kindern und Jugendlichen, Senioren, Bildung, Migration, Renten, aber auch Städtebau.

Damit gelangen wir nicht zu einer neuen ressortverbindenden Bündelungspraxis und zu einer effektiveren vertikalen Bündelung zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund, hiermit erhalten wir einen Tsunami an Informationsgewurschtele, der alle, die sich damit beschäftigen wollen, erschlagen wird. Das ist Statistikwahn, Zahlenwust. Am Ende hätten wir mehr Daten ohne Aussage. Die Folge wäre: Bürokratie und keine Aussagen, volkswirtschaftlicher Unfug, betriebswirtschaftlicher Irrsinn.

(B) Sehr interessant ist Ihre Forderung unter Punkt sieben: Sie wollen die Einbeziehung der Länder und Kommunen, „da sich Armut und Reichtum zu einem erheblichen Teil auf Länder- und kommunaler Ebene spiegelt (abzeichnet)“. Mit dieser Aussage haben Sie recht! Aber hier brauchen wir nicht einen Forschungsauftrag zur Ermittlung der Ursache, es gibt ein relativ einfaches Handlungsmuster: Jedem Land, das langfristig von der Union geführt wird, geht es gut. Und umgekehrt gibt es dort finanzielle Probleme, wo eine SPD-geführte Regierung langfristig am Ruder ist. Deshalb geht es Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gut und Ländern wie Berlin schlecht. Bei uns können Sie mit Aussprüchen wie „Arm, aber sexy“ in der Bevölkerung nicht punkten. Unsere Bevölkerung will Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und damit Wohlstand. Die wirtschaftliche Lage zeigt eindeutig, dass wir die besseren politischen Konzepte haben.

Am Ende meiner Rede möchte ich aber auch eine Forderung von Ihnen unterstützen: Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass Tabellen im Anhang so verständlich und leicht nachvollziehbar dargestellt werden sollen, dass sie der guten Lesbarkeit des Berichts dienen, und – das möchte ich ergänzen – sie sollten so leserlich sein, wie der gesamte Bericht sein soll.

Schluss mit dem Daten- und Statistikwahn! Schauen wir selbst in unser Land und auf die Menschen, vertrauen wir nicht auf Gutachten und Statistiken, die im-

mer schief sind! Glaube keiner Statistik, wenn du sie nicht selbst gefälscht hast! Trauen wir uns, Politik für die Menschen zu machen, aus eigener Anschauung, Kenntnis und Verantwortung! Die Menschen warten auf uns – nicht auf Statistiken.

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU): Wir reden heute darüber, welche Eckpunkte, welche Aspekte in den Mittelpunkt des regelmäßig von der Bundesregierung vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht rücken sollen. Der Antrag der SPD suggeriert, dass es hier einer dringenden Neujustierung bedürfe. Um es gleich vorwegzusagen: Dies ist aus unserer Sicht nicht geboten. Das Ansinnen der SPD ist im Gegenteil eher kritisch zu bewerten. Es steht die Frage im Raum, ob hier nicht der Wunsch Vater des Gedankens ist, die Parameter einfach so zu verändern, dass am Ende das Ergebnis steht, das man gerne hätte. Das mag politisch opportun sein, hat aber mit einer wissenschaftlichen Grundlage, aus der wir für unser politisches Handeln Rückschlüsse ziehen können, nicht mehr viel zu tun.

Gerade angesichts der aktuellen Blockade der Sozialdemokraten bei den notwendigen Reformen des SGB II drängt sich doch der Verdacht auf, dass es gar nicht um die Menschen selbst geht, die in Armut leben, sondern dass man diese in Statistiken und Tabellen für politische Debatten instrumentalisiert. So kann man auch den Antrag der SPD lesen. Das ist fahrlässig, und es funktioniert auch nicht. Das sieht man beispielsweise daran, dass die meisten Menschen in unserem Land der SPD die Schuld am Scheitern der drängenden Reformen bei Hartz IV geben. Darum: Ändern Sie nicht Parameter für wissenschaftliche Studien! Machen Sie mit bei den notwendigen Reformen, um vor allem Kindern und Jugendlichen durch das von uns vorgeschlagene Bildungspaket Perspektiven zu eröffnen! Das wäre ein hilfreicher Beitrag im Kampf gegen Armut, zumindest hilfreicher als Ihr Antrag heute.

Man fragt sich zudem, ob Sie die Wirklichkeit in diesem Land noch bereit oder in der Lage sind, wahrzunehmen. Ich persönlich kann das ständige Gemecker, die ständigen Negativschlagzeilen aus den Reihen der Sozialdemokratie nicht mehr hören. Deutschland hat durch Vernunft und auch durch kluge Politik wie kein anderes Land einen Weg aus der Krise gefunden. Darauf kann man stolz sein, und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Armut in unserem Land. Die Arbeitsmarktzahlen, das Wirtschaftswachstum sind Positivbeispiele, und ich fordere Sie auf: Hören Sie auf, Deutschland ständig schlechztureden!

Wir wollen keineswegs Probleme vom Tisch wischen. Es ist auch das Ziel dieser christlich-liberalen Koalition, Armut zu bekämpfen, Menschen Perspektiven zu geben und den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Darum lohnt sich ein Blick auf die Gesamtsituation: Deutschland gehört zu den OECD-Staaten, in denen die Ungleichheit der Markteinkommen mit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers reduziert wird. Sozial- und familienpolitische Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld ha-